

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden,
Saden & Comp., Nr. 1808.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altfeld.

Leitung: Dresden, Brühl 10. Tel. 25281.
Sprechstunde: von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Brühl 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit: von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Abonnementspreis: die 9 gespaltene Komparatizelle 9,00 M., Familienangelegenheiten 6,50 M., die 9 gespaltene Reklamizelle 35,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 2 M.

Abonnementspreis: die 9 gespaltene Komparatizelle 9,00 M., Familienangelegenheiten 6,50 M., die 9 gespaltene Reklamizelle 35,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 2 M.

Nr. 178

Dresden, Mittwoch den 2. August 1922

33. Jahrg.

Reichskonferenz der republikanischen Studenten

Jena, den 31. Juli.

Zum erstenmal fanden sich im republikanischen Deutschland die republikanischen Studenten der deutschen Hochschulen zu einer gemeinsamen Tagung zusammen. Tagungsort ist Jena geworden, da der Bloch republikanischer Studenten an der Universität Jena die Einberufung übernommen hatte. Vertreter haben entsandt die republikanisch gesinnte Studentenschaft der Universitäten und Technischen Hochschulen in Berlin, München, Leipzig, Frankfurt a. M., Jena, Freiburg, Kiel, Detmold, Halle, Bonn, Würzburg, Göttingen, Königsberg, Tübingen, Nürnberg, Gießen, Darmstadt, Münster. Vertreten sind außerdem der Reichsbund deutscher demokratischer Studenten, der Reichsbund sozialistischer Studenten, der deutsche studentische Pazifistenbund und der Reichsbund kommunistischer Studenten. Als Ehren Gäste sind erschienen u. a. der Vorsitzende des deutschen republikanischen Reichsbundes, Staatsminister Freiherr v. Brandenstein, Graf Harry Kehler, Weimar, Dr. Schroeder, Berlin, vom deutschen republikanischen Reichsbund und Landtagsabgeordneter Dr. Groll, München.

Im Laufe des Nachmittags erschien als Vertreter des Thüringischen Volkbildungsministers Greil der Regierungsrat Dr. Kühnert, Weimar.

Die Tagung begann vormittags 11 Uhr mit einer Begrüßungsrede des Studenten Gornad, Jena. Er hob hervor, daß sich heute zum ersten Male die republikanische Studentenschaft Deutschlands zu einer gemeinsamen Tagung zusammengefunden hätte, veranlaßt durch die außen- und innenpolitische Lage. Den letzten Anstoß gab der Rathenow-Mord. Von großen Tellen des Volkes werde die Republik mit Mühen angefaßt, stark vertreten seien dabei besonders die der Studentenschaft nahestehenden Kreise. In den Universitäten haben republikanische Gedanken wenig Eingang gefunden, deshalb sei es zu begrüßen, daß sich alle diejenigen zusammengefunden haben, die sich rüchhaltig auf den Boden der Republik stellen und für die Verbreitung republikanischer Anschauungen in der krieglichen Studentenschaft wirken. Scherz sei diese Arbeit, aber so schön Student Gornad: „Der Wille ist die Kraft, die große Dinge schafft.“

Die Wahl eines geschäftsführenden Vorstandes für die laufende Tagung fiel auf Dr. Friedrich, Dr. Kantorowicz, Gornad (Jena), Kopf (Freiburg) und Hollgarten (München). Es wurde beschlossen, zunächst die Verträge der republikanischen Vertreter der einzelnen Hochschulen entgegenzunehmen. Aus diesen Berichten ist hervorzuhelien das Aufleben einer tatkräftigen Arbeit der freiheitlich und republikanisch denkenden Studentenschaft an fast sämtlichen Hochschulen zur Verbreitung und Festigung des republikanischen Gedankens und zur Abwehr der monarchistischen Bestrebungen. In den meisten Fällen hat diese Arbeit zu der Gründung von Arbeitsgemeinschaften oder Bloch republikanischer Studenten geführt. Sowohl Einzel- als auch korporative Mitgliedschaft ist bei den Vereinigungen ermöglicht. Sie umfasse teilweise Angehörige der Parteien vom Zentrum bis zu den Kommunisten.

Es soll nun ein Reichsstatell aller republikanischen Studenten geschaffen werden. Parteipolitische Besonderheiten sollen hinter dem großen Ziele der Ausbreitung und Verankerung republikanischen Weltens zurücktreten. Die Einigung dürste auf dieser Grundlage ohne Gefährdung der Weltanschauung des einzelnen nicht schwer fallen. In der Hauptache, dem Kampfe gegen die Reaktion, sind sich alle einig.

Landtagsabg. Dr. Groll, München, sieht in dem zu bildenden Reichsstatell nur dann eine Organisation mit genügender Stofkraft gegenüber den alten studentischen Verbindungen, wenn in der Frage der Parteizugehörigkeit die größte Toleranz geübt werde. Es handele sich auch keinesfalls um einen vollkommenen Neuaufbau des Studentenlebens. Im Gegenteil es sei mancherlei zu übernehmen. Vollkommen müsse man sich selbstverständlich vom Kommerz, Lauf- und Schlagstudententum abwenden.

Eine Meinungsverschiedenheit zeigte sich im Laufe der Verhandlungen darüber, ob für die Aufnahme in das zu gründende Reichsstatell ausschlaggebend sein soll die prinzipielle Stellungnahme zur heutigen Republik. Gegen eine Ausnahme der Kommunisten in die Reichszentrale wurden von verschiedenen Seiten Einwendungen erhoben. Man ist indes bereit, mit den Kommunisten ein Kartellabkommen zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens in Fällen dringender Gefahr zu treffen. Auf dieser Basis bewegt sich folgender zur Beratung stehende Antrag der sozialistischen und demokratischen Studenten:

Das Reichsstatell republikanischer Studenten bezweckt den Schutz und den Ausbau der republikanischen Reichsverfassung und den Kampf gegen die Reaktion.

Das Reichsstatell besteht aus der republikanischen Studentenschaft reichsdeutscher und deutschösterreichischer Hochschulen und studentischer Reichsverbände mit den entsprechenden Zielen. Die Leitung des Reichsstatells ist einseitig, Kartellvorstände mit anderen Organisationen zum gemeinsamen Kampfe abzuschließen. Den einzelnen republikanischen Studentenblöden wird die Gemeinheitsarbeit mit den zusammengeschlossenen Gruppen ermöglicht.

Bis in die Abendstunden wurde über diese Punkte sowohl im Plenum als auch interfraktionell verhandelt. Die Verhandlungen des zweiten Tages dürften eine allen Teilen gerecht werdende Einigung bringen.

Generalstreik in Italien

Zur gleichen Zeit, in der Facta, der bisherige italienische Ministerpräsident, von dem italienischen König abermals mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, erging von den italienischen Gewerkschaften der Ruf an die Arbeiterschaft zum Generalstreik, den die Faschisten mit einem allgemeinen Appell an ihre Herden beantworteten.

Der Generalstreik der italienischen Arbeiterschaft wurde unter dem Druck innerpolitischer Mißstände hervorgerufen, an denen vor allem die Faschisten die Hauptschuld tragen. Die Regierung Facta, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr als wahrscheinlich ist, wird also ihre Geschäfte antreten unter Umständen, die keinen Zweifel mehr darüber aufkommen lassen, daß auch einem neuen Kabinet Facta mit der bisherigen Politik der Grundlosigkeit keine lange Lebensdauer beschieden ist, und daß es letzten Endes über den Weg der Neuwahlen in Italien zu einer klaren Scheidung der Geister kommen muß.

Der Aufruf, der von der Faschistenleitung an die Faschisten „von den Alpen bis Sizilien“ gegen Staat und Arbeiterschaft gerichtet wurde, zeigt deutlich die Entwicklung zur Anarchie. „Wir geben — so heißt es in dem Aufruf — dem Staat 48 Stunden Zeit, um gegenüber allen seinen Angehörigen wie gegenüber den Feinden der Nation (d. h. gegen die Arbeiterschaft, A. Red.) seine Autorität zu betätigen. Nach diesem Fristablauf wird der Faschismus volle Aktionsfreiheit beanspruchen und sich an die Stelle des Staates setzen, der wieder einmal seine Impotenz bewiesen hat.“

Diese offene Verhöhnung des Staates und die hiermit drohenden Gefahren für die italienische Nation sollten dem Parlament und der auf Parlamentsmehrheit gegründeten Regierung Anhaltspunkte für den notwendig einzulagenden Kurs geben. Das mühte um so mehr der Fall sein, als die italienischen Sozialisten von jeher entgegen den Faschisten für die Staatsbejahung eintreten und als sie sich neuerdings grundätzlich für eine Mitarbeit in einer linksfaschistischen Regierung ausgesprochen. Leider läßt die Zusammensetzung des italienischen Parlaments Zweifel darüber aufkommen, daß eine neue Regierung Facta mit mehr Grundsat und weniger Schaukelpolitik als bisher regiert. Das bedeutet nicht nur

einen Schaden für das eigene Land, sondern auch für Europa insgesamt.

Rom, 1. August. Nach den bisher vorliegenden ersten Meldungen über den Generalstreik wird in Rom der öffentliche Verkehr aufrechterhalten. Der Tramobetrieb wird verringert und von nationalitären Personal bedient. Der Eisenbahnbetrieb, ebenfalls eingeschränkt, wird von Militär und Faschisten aufrechterhalten. Die Zeitungen sind nicht erschienen.

In Florenz ist der Generalstreik nicht erklärt. Alle öffentlichen Betriebe sind in Tätigkeit. In Turin fanden die Arbeiter fast vollständig zur Arbeit ein. Die Eisenbahnen verkehren fahrplanmäßig. In Genua ruh die Arbeit im Hafen. Im übrigen sind dort alle Betriebe in Tätigkeit. In Mailand verkehren die Eisenbahnen fast regelmäßig. Die Zeitungen sind erschienen. In Bologna, Ancona und Neapel sind die öffentlichen Betriebe in Tätigkeit. Aus Venedig wird der Zusammenbruch des Streiks gemeldet.

Drohungen der Sozialisten

Laut Presse planen die Sozialisten, wenn jetzt nicht eine Regierung zustandekommt, die die Autorität wieder herzustellen weiß, gleichzeitig alle Provinzial- und Gemeindevorstaltungen mit sozialistischen Reichheiten zurücktreten zu lassen, wie es bereits in 44 Städten der Provinz Cremona gescheh. Wenn würden die Demokratischen zurücktreten. Parteigewerkschaften würden auf Grund eines Bündnisses aller Parteien der äußersten Linken zum Kampf eines das Regime neu geordnet.

Die Unruhen in Ravenna

Der Generalstreik in Ravenna hat aufgehört. In der Provinz Romagna herrscht wieder Ruhe. Der größte Teil der Faschisten, die vom Banke in die Stadt gekommen waren, ist wieder abgerückt. Dagegen blieben große Truppenabteilungen in der Stadt zurück. Die Unruhen in Ravenna haben 12 Menschen das Leben gekostet.

Ein neues Kabinet de Facta

Rom, 1. August. Stefanimeldung. In den Wandelgängen der Kammer wird folgende Liste der Mitglieder des neuen Kabinet mitgeteilt: Vorsitz: de Facta, Innenred: Tabbal, Außenred: Schanzer, Krieg: Saleri, Seesamt: Paratore, Marine: de Vito, Finanzen: Periani, Ackerbau: Bertini, Unterricht: Nelli, Arbeit: Dollo Cavsa, Justiz: Alessi, Industrie: Ruffi, befristete Gehälter: Salsani, Post: Gulci, öffentliche Arbeit: Ricci, Aussen: Amadori.

Gegen die Politik der Drohungen

Die deutsche Antwort — Neue Drohung Poincarés — Belgien erhebt Einspruch — Ureinigkeit im Garantie-Ausschuß — Entente-Konferenz im September

Auf das gestern veröffentlichte Ultimatum Poincarés hat die deutsche Regierung geantwortet:

Berlin, 31. Juli.

Herr Ministerpräsident!

Ich beehre mich, den Empfang der Note Sw. Erzsterns vom 26. Juli 1922 zu bestätigen. Das Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 10. Juni 1921 ist von Deutschland nicht mit einzusetzen Mächten, sondern mit der Gesamtheit der beteiligten allierten Regierungen abgeschlossen worden. Demgemäß ist die Note der deutschen Regierung vom 14. Juli dieses Jahres, wie der französischen Regierung bekannt ist, gleichzeitig an die anderen hauptbeteiligten Mächte gerichtet worden. Die deutsche Regierung kann sich über ihre weitere Stellungnahme aus diesem Grunde

erst schlüssig machen, wenn sich alle beteiligten Regierungen geeinigt haben.

Eine andre Forderung ist ihr auch angelehnt der in ultimativer Form angebotenen nicht näher bezeichneten Maßnahmen Frankreichs nicht möglich.

Indem sich die deutsche Regierung ein weiteres Eingehen auf die Sache selbst vorbehält, bemerkt sie schon jetzt: Die Zahlungen, die Deutschland im Ausgleichsverfahren und aus Artikel 270 leisten muß, können letzten Endes nur aus derselben Quelle gedeckt werden wie die Reparationszahlungen, gleichviel, ob es sich um Schulden des Reiches oder um Privat-schulden handelt. In beiden Fällen bleibt die Notwendigkeit der Heranziehung von Devisen aus der gesamten deutschen Volkswirtschaft die gleiche und für die Wirkungen dieser Operationen auf den Markkurs ist es ohne Bedeutung, an welche Stelle und auf Grund welcher Paragraphen die Zahlungen erfolgen.

Wenn die deutsche Volkswirtschaft die Entziehung von monatlich 50 Millionen Goldmark für Reparationszahlungen nicht tragen kann, so wäre es eine Illusion, zu glauben, daß die Ausgleichszahlungen von fast 40 Millionen Goldmark monatlich weiterhin ausgebracht werden können.

Alle diese Leistungen können nur als ein einheitliches Ganzes betrachtet und in einem einheitlichen Plane behandelt werden. Der deutsche Antrag, der nicht eine Lösung der Ausgleichszahlungen, sondern lediglich ihre Verteilung auf einen längeren Zeitraum bezweckt, beruht auf derselben Grösens, eine Heranziehung für die Reparationszahlungen nachgebend zu weisen, während der heranziehung der Ausgleichszahlungen in Deutschland zu Leistungen in ähnlicher Richtung, die in dem

Markkurse herabzuziehen der Mark deutlich zum Ausdruck kommt. Inzwischen ist nach dem Erlang der Note Curer Erzsterns ein neuer Sturz der deutschen Währung eingetreten und die Mark bis auf ein Hundertstel ihres Friedenswertes gesunken.

Deutschland macht alle Anstrengungen, seine aus dem Kriege entstandenen Verpflichtungen zu erfüllen. Inzwischen ist aber vor allem die Gesundung seiner Volkswirtschaft notwendig. Diese wirtschaftliche Wiederherstellung, wie die ganz Europa, kann jedoch nur erfolgen durch die abschließende solidarische Zusammenarbeit aller beteiligten Mächte. Eine Politik der Drohungen wirkt nicht aufbauend, sondern zerstörend.

Paris, 1. August. Poincaré hat gestern dem deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Dose, seine Antwort auf die deutsche Note vom 1. August übermitteln. Darin wird ausgedrückt, die Regierung Frankreichs habe bereits mitgeteilt, daß sie nicht daran denke, auf Grund der deutschen Note vom 14. Juli Änderungen an dem am 10. Juni 1921 zwischen Deutschland und den Alliierten abgeschlossenen Abkommen vorzunehmen. Die französische Regierung hat daher das Recht, zu verlangen, daß innerhalb der gewöhnlichen Frist, das heißt vor dem 5. August, mittags, die Verstärkung abgegeben werde, daß, bis die unerlässliche Überbestimmung der Alliierten zu einer Abänderung des Abkommens gewährleistet sei, das Abkommen vom 10. Juni 1921 ganz und gar angewendet und daß die Pflichtsumme von zwei Millionen Pfund Sterling am 15. August gezahlt werde. Andernfalls hat die französische Regierung das Recht, um die Anwesenheit der bestehenden Verträge sicherzustellen. „Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen, die sie notwendig erachtet und die am 5. August in Kraft treten sollen.“ Zum Schluß erklärt Poincaré, daß die deutsche Regierung nicht die geringsten Anstrengungen mache, um die Zahlung der geschuldeten Summe an die Alliierten durch die wirklichen Schuldner, das heißt durch deutsche Privatleute, sicherzustellen, die durch Ankauf fremder Devisen zum gegenwärtigen Markkurs beizutragen hätten.

Zeit Journal meldet, Belgien habe beschlossen, gegen die Note Poincarés bei der Reparationskommission Einspruch zu erheben. Es begründet diesen Einspruch damit, daß es sich um eine interalliierte Angelegenheit handle, in der Frankreich nicht auf eigene Faust Entscheidungen aufstellen dürfe, und betont weiter, daß die französischen Behörden die Verantwortlichkeit Belgiens in Frage stellen. Belgien wünscht die Reparationskommission, die Beschäftigung der Reparationskommissionen an Deutschland in gleicher Weise zu unterlegen, wie dies bei sonstigen Unzufriedenheiten der Fall ist.